35. Jahrgang | Bochum, den 6. Oktober 1923 | Nummer 40

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Scheck-Konto: Hannover 57913
Scheck-Konto: Essen . . . 24171

Der Abonnementspreis beträgt durch den Boten oder durch die Post bezogen monatlich 10 Mill. Mk. — Fest- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen

Verantw. für den Inhalt: Karl Schulz, Bochum. Druck: H. Hamann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, Wittenerstraße 38-42

Telephon-Nummern: 66, 69, 96
Telegramm: Bergverband Bochum

Arbeiter, Angestellte, Beamte des besetzten Gebiets!

Die Reichsregierung hat im öffentlichen Aufruf dem deutschen Volk von der bitteren Notwendigkeit der Aufhebung des passiven Widerstandes Kenntnis gegeben.

Der Zusammenbruch der deutschen Währung, die Unmöglichkeit, die deutsche Wirtschaft aufrecht zu erhalten, dem deutschen Volk bei Fortdauer des rasenden Marksturzes auch nur das trockene Brot zu sichern, sind die Ursachen ihres Beschlusses. Ohne die Stabilisierung der deutschen Währung ist eine Gesundung der Verhältnisse unmöglich. Sie kann nur erreicht werden, wenn der mörderischen Arbeit der Notenpresse Einhalt geboten wird. Das kann wiederum nur geschehen, wenn das bisher unterstützte Fünftel der deutschen Bevölkerung zur Arbeit zurückkehrt, also den passiven Widerstand aufgibt.

Die am 27. September in Gießen stattgehabte Konferenz der Organisationsvertreter der gesamten besetzten Gebiete richtet an die Mitglieder der Organisationen die dringende Aufforderung, unverzüglich den entsprechenden Weisungen ihrer Organisationsleitungen zur Aufnahme der Arbeit Folge zu leisten. Die Verhandlungen zur Wiederaufnahme der Arbeit werden von den gewerkschaftlichen Organisationen geführt.

Die Konferenz fordert für die Uebergangszeit die Fortführung der Erwerbslosenfürsorge in angemessener Höhe und die Bereitstellung von Mitteln für produktive Notstandsarbeiten, ferner die verschärfte Anwendung der Betriebsstillegungsverordnung, erhöhten Arbeitnehmerschutz gegen Entlassungen und willkürliche Einführung von Kurzarbeit.

Die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung ist sicherzustellen, die Preisbildung schärfstens zu überwachen und jeder Art Wucher nachhaltigst entgegenzutreten.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Seid darüber im Klaren: Eure Existenz und Zukunft sind abhängig von der Aufrechterhaltung geordneter Zustände im Innern und dem unversehrten Bestand der deutschen Republik. Wer den Bestand des Reiches in diesen gefahrdrohenden Tagen durch Wort und Tat angreift, wie dieses von rechts- und linksradikaler Seite geschieht, wird zum Totengräber eurer Hoffnung, begeht ein Verbrechen am deutschen Volke in allen seinen Teilen. Die Konferenz ruft die Arbeiterschaft der besetzten Gebiete zur entschlossenen Abwehr der landesverräterischen und volksverderbenden Bestrebungen der Separatisten aller Art auf. Zwischen ihnen und euch darf es keine Gemeinschaft geben, hier gilt nur eins: Kampf bis zum Aeußersten! Rhein und Ruhr bleiben bei Deutschland in ihrem bisherigen staatlichen Verhältnis innerhalb der deutschen Republik!

Das Ende des Ruhrkriegs.

Ein heroischer Kampf ist zu Ende! Besiegt durch Uebermacht, besiegt durch eine innenwirtschaftliche Entwicklung, deren Herr zu werden das deutsche Volk zu schwächlich, zu träge, zu dumm war, mußten wir einen Kampf aufgeben, der unserem Volk (eigentlich nur den Armen in unserem Volk) ungeheure Lasten auferlegte und dessen Ende dieses Volk mit neuen, noch nicht abschätzbaren Gefahren bedroht.

Es wird über den Kampf an der Ruhr und seine Begleiterscheinungen noch manches zu sagen sein, heute ist noch nicht die Zeit dazu. Heute können wir nur rückschauend feststellen: **Die Bergarbeiterschaft hat ihre Pflicht auch in diesem Kampf bis zum Uebermaß getan.** Schon vorher hatte sie bei Ueberarbeit bei kärglicher Entlohnung alles getan, was sie konnte, um die durch die Reparationslieferungen gefährdete deutsche Wirtschaft zu retten. Im Ruhrkampf selbst hat sie gehalten, was für sie selbstverständlich war **und heute noch ist: Keine Arbeit unter Bajonetten!** Mit der Bergarbeiterschaft, früher noch und mehr als sie haben Eisenbahner, Post- und Verwaltungsbeamte die Last des Abwehrkampfes getragen. Zehntausende sind ausgewiesen, verurteilt, Hunderte erschossen, Zehntausende Familien unglücklich gemacht.

Auch eine Anzahl unserer Kameraden fielen französischen Kugeln zum Opfer, eine erhebliche Anzahl unserer Kameraden, verschiedene Angestellte unseres Verbandes wurden ausgewiesen, eingesperrt oder verurteilt.

Alle Opfer waren vergebens, soweit der direkte Erfolg des Kampfes in Frage kommt. Nicht vergebens waren sie hinsichtlich der moralischen Wirkung. Niemand hatte mehr Recht zum Protest gegen feindliche Gewalttat als die Ruhrbergleute, die vorher bis zur Erschöpfung für die Reparationsleistungen gearbeitet, die mit der deutschen Arbeiterschaft die Wiedergutmachungspflicht anerkannten. **Trotz des bitteren Endes wird der Kampf an der Ruhr, der friedliche Kampf eines gefnechteten Volkes gegen feindliche Willkür, ein Ehrenblatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterschaft bleiben.**

Wenn die Kraft der deutschen Arbeiterklasse so groß gewesen wäre, wie ihre Einsicht in die Notwendigkeiten, die der Kampf erforderte: sein Ausgang wäre früher erfolgt und wäre besser gewesen! Vom ersten Tag des Kampfes haben wir uns gegen eine vielfach beliebte Katastrophenpolitik gewandt. Tag um Tag haben die Gewerkschaftsvertreter gearbeitet, um dem Kampf die Form zu geben, die sie für richtig und erfolgversprechend hielten. Vom ersten Tage an waren wir uns klar darüber, daß der Kampf nur erfolgreich einem raschen Ende zugeführt werden konnte, wenn nicht alte Fehler wiederholt wurden. Aber sie wurden von der „Regierung der Fachmänner" unter Cuno wiederholt. Nur wenn der Ruhrkampf durch tausende große Opfer des Besitzes finanziert worden wäre, konnte er den gewünschten Erfolg haben. Diese Opfer wurden nicht gebracht, die Kampfkosten wurden durch Notendruck bestritten, die grausamste indirekte Steuer, die der Inflation, holte die Kosten aus den Taschen der breiten Masse des Volkes, in furchtbar sich automatisch steigernd wuchsen die Kosten des Kampfes, die Schulden des Reiches, bis zur völligen Wertlosigkeit der Mark, bis zum nahenden finanziellen Bankerott des Reiches. Drei Billionen Mark betrug die schwebende Reichsschuld am Anfang des Kampfes an der Ruhr, in die dritte Trillion ging sie Anfang September. 3500 Billionen betrugen die Kosten des Ruhrkampfes in der dritten, 5000 Billionen in der letzten Septemberwoche!

Rein finanziell ergab sich die Unmöglichkeit, diesen Kampf so weiter fortzuführen und die Phrasenhelden von rechts und links, die heute den starken Mann mit dem großen Maul markieren, sollten uns einmal einwandfrei nachweisen, wie dieser Kampf gegen die französischen Imperialisten weiter geführt werden konnte.

Riesenhaft stieg die Arbeitslosigkeit im unbesetzten Gebiet, umfassender und unerträglicher wurde die Not im ganzen Land. Wenn auch in anderer Form, so litt das unbesetzte Deutschland und ganz besonders seine ärmere Bevölkerung ebenso und vielfach noch schmerzlicher und schwerer an den Folgen des Kampfes an der Ruhr! Es wäre einsichtslos, verlogen und undankbar, wollten wir das heute nicht anerkennen und ausdrücklich hier festhalten.

Die Regierung unter Stresemann hat vom ersten Tage ihres Amtsantritts an die Lage klar erkannt, und wenn sie nicht eher zum Abbruch kam, so waren Ursachen dafür eine Reihe von Umständen, die Berücksichtigung verlangten und die auch die Gewerkschaften veranlaßten, ihre Forderung auf Beendigung des Kampfes nicht in die Form eines befristeten Ultimatums zu kleiden.

Nun ist der Ruhrkrieg, soweit die Erklärungen der Regierung in Frage kommen, beendet. Nun ist der Weg für Verhandlungen über die Reparationsfrage frei, den Franzosen und Belgier gefordert haben. Wie diese Verhandlungen geführt und was sie für einen Erfolg haben werden, ist eine Sorge von morgen.

Unsere Sorgen von heute sind andere! Sie lauten:

Schutz vor Hunger und Elend! Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande! Geordnete Rückkehr zur normalen Produktion!

Das sind die Aufgaben der nächsten Zeit, für deren Lösung jeder Gewerkschaftler in den kommenden Tagen seine ganze Kraft einzusetzen hat!

Entscheidend für die Lösung dieser Fragen wird das Verhalten der Besatzungsmächte sein. Helfen sie nicht dem Häuflein rheinischer Separatisten, die sich anmaßen, das rheinische Volk unter die Herrschaft einer volksfeindlichen Clique zu bringen, so haben sie etwas vernünftiges getan. Diesen Separatisten wird sich das Volk am Rhein und Ruhr bis zum Aeußersten widersetzen, wie es andererseits sich wehren wird gegen Diktatur von rechts oder links, die im Lande drohen mag. Wir haben übergenug von Krieg und Bürgerkrieg! Wir wollen arbeiten und als Menschen leben!

Wir fordern von den Besatzungsmächten, daß sie Verkehr und Arbeit von den Fesseln befreien, die ihnen im Ruhrkampf angelegt wurden.

Ohne die deutschen Eisenbahner kann der Verkehr im Ruhrgebiet nicht in Ordnung kommen, ohne einen geregelten vollen Eisenbahnbetrieb ist keine geordnete Lebensmittelversorgung, keine Kohlenproduktion möglich. Wir hoffen, daß diese Notwendigkeit erkannt wird.

Aber auch dann noch bleibt riesengroß die Arbeit, die zu leisten ist. Gefahr droht den sozialen Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse, Gefahr ihrem Achtstundentag, Gefahr ihrer Existenz durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohndruckversuche. Mit Nägeln und Zähnen werden wir diese Existenzsicherungen der Arbeiterschaft zu verteidigen haben.

Ruhrkriegsgewinnlern aller Art muß schleunigst das Handwerk gelegt werden. Den Spekulanten und Wucherern, die aus dem Hunger des Volkes Devisen schinden, muß energisch an den Kragen gegangen werden. Arbeit, Notstandsarbeit allen, die Not leiden! Aber Krieg den Geschäftemachern, Rücksichtslosigkeit gegen alle, die auf Stresemann-Hilferding schimpfen, weil diese verdammten Kerle sie wieder zum „Malochen" (Arbeiten) bringen wollen.

Dieser Kampf um die Existenz der Arbeitnehmerschaft kann aber nur geführt werden in der geschlossenen Front der Gewerkschaft. **Keine Einzelaktion, keine Einzelverhandlung** und wenn sie noch so verlockend ist!

Vieltausendmal notwendiger noch als nach einem erfolglosen Streik ist heute klare Vernunft und gewerkschaftliche Disziplin. Nur diese Vernunft und Disziplin kann aus den Gefahren dieser Tage hinausführen. Dazu Glück auf!

Löhne im Bergbau.

Bei den am Donnerstag bezw. Freitag voriger Woche stattgefundenen Verhandlungen wurden am Freitag durch Schiedsspruch ab 23. September die Gesamtdurchschnittslöhne wie folgt festgesetzt:

Rhein.-westf. Stein- u. Braunkohlenbergbau	230 Mill.	Westerwald u. Oberhessen (Braunkohle)	160,5 Mill.
Oberschlesien	130 „	Lahn-, Dill-, Oberhessen (Eisenstein) .	197 „
Niederschlesien	165 „	Lahn-, Dill-, Oberhessen (Metallerz) .	264 „
Sachsen	168 „	Siegen (Eisenstein) .	188 „
Niedersachsen	159 „		
Ibbenbüren	168 „		

Die eigentliche Lohnerhöhung für den rhein.-westf. Stein- und Braunkohlenbergbau beträgt 50 Proz. auf den Gesamtdurchschnittsbarlohn, wie ihn der Schiedsspruch vom 21. September festsetzte. Außer dieser Erhöhung ist wegen der gewaltigen Teuerung im besetzten Gebiet noch ein außerordentlicher Ueberteuerungszuschuß von 20 Proz. eingesetzt worden, so daß die Gesamterhöhung 75 Proz. und somit der Gesamtdurchschnittsbarlohn 280 Millionen Mk. beträgt.

Die Umstellung der preußischen Staatsbergwerke.

Nach jahrelangen Vorbereitungen und Kämpfen wurde im preußischen Landtag am 18. September das Gesetz in dritter Lesung verabschiedet. Von rechts und links wurde das Gesetz bekämpft. Deutschnationale und Volksparteiler, auch einige Demokraten und Volksparteiler wollten eine Beteiligung von Privatkapital an dem staatlichen Besitz. Sie sahen sich aber in diesem Punkte einer geschlossenen Mehrheit von Sozialdemokraten, Zentrum und Kommunisten gegenüber, so daß sie auf diese Pläne verzichten mußten.

Die Kommunisten behaupten auch heute noch, daß das Gesetz eine „Stinnesierung" des Staatsbesitzes, seine Preisgabe an das Privatkapital darstelle. Auch das ist völlig falsch, wie eine kurze Darstellung beweisen wird.

Das Eigentum an dem gesamten Bergwerks- und Hüttenbesitz verbleibt nach wie vor dem Staate, nur die Verwaltung und Ausbeutung aller Betriebe, Berechtsame und Berechtigungen, die bisher der staatlichen Bergwerksverwaltung unterstanden, ist an eine neu gebildete Aktiengesellschaft übertragen worden, die gesamten Aktien bleiben im Staatsbesitz und werden von dem Handels- und dem Finanzminister übernommen. Die letzteren können einen Teil der Aktien widerruflich an die Seehandlung (preußische Staatsbank) übertragen. Die „Veräußerung der Aktien, die Herausgabe besonderer Gattungen von Aktien (Vorzugsaktien usw.), die Erhöhung des Aktienkapitals, soweit die neuen Aktien nicht in der Hand des Staates bleiben sollen, sind an die Zustimmung des Landtags gebunden". Das gleiche gilt von einer Verpfändung, die ein Drittel des Grundkapitals übersteigt und nicht bei der preußischen Staatsbank erfolgt.

Es sind also alle Sicherungen gegen eine Verschleuderung staatlichen Besitzes an das Privatkapital getroffen, die sich nur denken lassen. Alle diesbezüglichen Vorwürfe der Kommunisten sind also nicht nur falsch, sondern auch sehr dumm.

Die Aufgaben der Aktiengesellschaften sind sehr weit gestellt, der Entwicklung und Ausdehnung des staatlichen Besitzes durch die Aktiengesellschaften sind keine Schranken gesetzt. § 3 der Satzung bestimmt:

> „Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Errichtung, die Verwaltung und Ausbeutung bergbaulicher und Hüttenbetriebe, die Ausbeutung und Verwertung von Berechtsamen, die Begründung und Uebernahme von Handelsunternehmungen und Beteiligung an solchen, soweit sie die Gesellschaft zu fördern geeignet sind. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen im Inland und Ausland zu errichten."

Diese Zweckbestimmung wurde einstimmig festgestellt. Man könnte sich fragen: Wie kamen deutschnationale, volksparteiliche und demokratische Freunde der Privatwirtschaft dazu, für solche Bestimmungen einzutreten, die Vorbedingungen eines starken staatlichen Besitzes und einer fast unbeschränkten Ausdehnung sind? Das kam einmal aus der Sorge um die Besserung der Staatsfinanzen, an denen auch diese Kreise interessiert sind. Darüber hinaus ergab sich, daß diese Kreise mit der baldigen Zerschlagung der Kohlengemeinwirtschaft in Deutschland rechnen und daß sie deshalb für die Schaffung von Einrichtungen waren, welche ein Funktionieren der neuen Verwaltung auch bei Aufhören der Zwangssyndikate usw. garantierten. Dieser Beweggrund der privatkapitalistisch Orientierten konnte natürlich für unsere Kameraden im Landtag kein Anlaß sein, diese Einrichtung nicht so modern zu gestalten, wie das nur möglich war.

Die Generalversammlung besteht aus den Vertretern der Aktieninhaber, also den beiden Ministern. Der Aufsichtsrat wird ebenfalls von ihnen bestimmt, die Mehrheit desselben soll aus ihren Vertretern bestehen, dazu treten fünf Mitglieder des Landtags sowie eventuell einige Fachleute aus der Wirtschaft (von den Ministern zu benennen) und die durch das Betriebsrategesetz vorgesehenen Arbeitervertreter.

Wesentlich und hoffentlich vorbildlich ist die durch das Gesetz vorgesehene Beseitigung der Staatsbeamten aus der neuen Aktiengesellschaft. Die Tatsache, daß in den Staatsbetrieben Staatsbeamte und Privatangestellte nebeneinander arbeiteten, war stets eine Quelle von Unzuträglichkeiten. Das Gesetz bestimmt, daß die in den Staatswerken beschäftigten Staatsbeamten binnen sechs Monaten als unwiderruflich beurlaubt gelten. Nach fünf Jahren scheiden sie aus dem Staatsdienst aus, wenn sie nicht drei Monate vorher erklären, daß sie ihre Tätigkeit in einer staatlichen Verwaltung wieder aufnehmen wollen. Auch wenn sie in der fünfjährigen Frist aus dem Dienst der Aktiengesellschaft austreten, scheiden sie aus dem Staatsdienst aus, wenn sie nicht vier Wochen vorher den Antrag auf Wiederbeschäftigung in der Staatsverwaltung stellen. Die erworbenen und während den fünf Jahren zuwachsenden Pensionsansprüche bleiben den Staatsbeamten erhalten. Die Zugeständnisse an die Beamten sind ein Kompromiß, sie forderten mehr, den Angestellten gingen die Zugeständnisse zu weit, der vereinbarte Kompromiß war die einzig mögliche Lösung.

Das Gesetz schafft also endlich die Möglichkeit, den staatlichen Bergwerks- und Hüttenbesitz frei von etatrechtlichen Bindungen nach kaufmännischen Grundsätzen zu bewirtschaften.

Betriebsräte und Bergbehörden.

Auf unsere Feststellung, daß die verschiedensten Beamten der preußischen Bergaufsichtsbehörden in ihrem Jahresbericht für 1922 sich ungünstig über die Betriebsräte aussließen, haben wir verschiedene Zuschriften erhalten, die die Frage von der Kehrseite beleuchten. Eine Zuschrift aus dem Bergrevier West-Halle wundert sich über die betreffende „Feststellung" des Bergrevierbeamten nicht, da Herr Liebmann als reaktionärer Mann bekannt sei, der wohl alles Verständnis für die Werksbesitzer, aber nicht für die Arbeiter habe. Maßregelungen und Schikanierungen seien im Bezirk an der Tagesordnung, auch unter gütiger Mitwirkung oder Duldung des Herrn Revierbeamten. Wie kann man von Objektivität dieses Beamten sprechen, wenn er entscheidet, daß dem Betriebsrat als Vertreter der Arbeitnehmer für seine Teilnahme am Schlichtungsausschuß notwendige Arbeitsversäumnis und Aufwandsentschädigung nicht zu erstatten sei?

Unerhört ist die Behauptung, daß die Betriebsräte keinen günstigen Einfluß auf das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern ausgeübt hätten. Gerade im Bezirk Halle mit seinem „revolutionären" Proletariat haben die Betriebsräte durch ihre Arbeit manche Erschütterung der Wirtschaft vermieden und im Verhandlungswege das Notwendige erreicht. „Ungünstig" wirkend kann man diese Tätigkeit nur nennen, wenn einem nur das Profitinteresse der Unternehmer am Herzen liegt! Es ist auch falsch, zu behaupten, daß die Betriebsräte keine Vorschläge zur Hebung der Produktion gemacht hätten. Gerade im Bezirk West-Halle ist von Betriebsräten öfter darauf hingewiesen worden, daß nicht Lohnabbau produktionsfördernd wirke, sondern Ausbau der technischen Einrichtungen, z. B. Kettenbahnen, Seilbahnen, damit die Kameraden nicht 500, 600 Meter Förderlänge vor dem Abbau haben.

Auch zur Unfalluntersuchung haben sich die Betriebsräte positiv geäußert. Es genügt ihnen allerdings nicht, wenn sie erst nach Abschluß des Heilverfahrens zu dieser Untersuchung zugezogen wurden, wo höchstens Zeugen zu vernehmen, aber Authentisches über den Unfall durch Augenschein nicht mehr fest-

zustellen ist! Auf die Forderung, daß der Betriebsrat zu jedem Unfall sofort geholt werde, erwiderte der Vertreter der Bergbehörde, daß doch in erster Linie die Werksverwaltung, und der Abteilungsbeamte verantwortlich seien, auch würde es dem Betriebsrat wohl nicht passen, wenn er zu einem Unfall z. B. nachts aus dem Bett geholt würde. Die Betriebsräte scheuen solche Unbequemlichkeiten nicht, sie haben das ausdrücklich dem Beamten erklärt, weil sie der Meinung sind, daß gerade durch sofortige Untersuchung die wirkliche Verantwortlichkeit festgestellt werden soll.

Im übrigen braucht sich der Beamte nur das Jahrbuch des Betriebsrats der Gewerkschaft Clara Verein in Gröbers vorlegen zu lassen. Er wird darin eine Menge Vermerke finden, die nichts anderes sind als Vorschläge zur Hebung der Produktion.

Auch die Betriebsräte von Clarathal wehren sich energisch gegen die Behauptung des Revierbeamten, daß sichtbare Erfolge in der Bekämpfung der Krankheits- und Unfallgefahr durch die Mitwirkung der Betriebsräte nicht zu erkennen seien. Gerade mit dem Herrn Bergrat Hesse hat der Betriebsrat rege Aussprachen über die Unfallgefahren usw. gehabt. Die ungenügende Wetterzirkulation in einzelnen Abteilungen wurde besprochen, der Betriebsrat verlangte einen Wetterfteiger, der die Bewetterung regelmäßig überwacht. Der Betriebsrat verlangte die Versorgung der Bergleute mit Trinkwasser in nur sauberen Gefäßen, er kritisierte den saumäßigen Zustand, in dem sich die Abortkübel befinden, die eine stete Gesundheitsgefahr bilden. Umkleide-, Bade- und Wascheinrichtungen wurden auf Antrag des Betriebsrats neu geschaffen. Ohne die Anregung des Betriebsrats wären diese Einrichtungen nicht neu geschaffen und würden nicht durch besonders beauftragte Personen stets sauber gehalten.

Der Revierbeamte kann ein objektives Urteil aber auch deswegen nicht fällen, da nach Ansicht des Betriebsrats seine Befahrungen gefahrvoller Arbeiten sehr zu wünschen übrig lassen. So sind diese Arbeiten am Maienschacht von ihm überhaupt nicht befahren worden.

(Raummangel zwingt uns, auf weiteres zu verzichten, die vorstehenden Stichproben genügen aber auch zur Kritik der betr. Behauptungen in dem Jahresbericht. D. Red.)

Die Knappschaftsberufsgenossenschaft im Jahre 1922.

Wie dem Verwaltungsbericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft zu entnehmen ist, hat 1922 sowohl die Zahl der Betriebe als auch die Zahl der versicherungspflichtigen Personen abgenommen. Die Abnahme betrug im Steinkohlenbergbau 62 Betriebe, im Braunkohlenbergbau 12 Betriebe, im Erzbergbau 7 Betriebe und im Salzbergbau 1 Betrieb. In der Hauptsache ist der Rückgang auf die Teilung Oberschlesiens zurückzuführen, da im Bereiche der Sekt. VI Beuthen allein 64 Betriebe des Steinkohlen-, 10 Betriebe des Erzbergbaus und 2 Betriebe anderer Mineralgewinnungen weniger vorhanden sind als 1921. Die Entwicklung in der Zahl der Betriebe der letzten Jahre geht aus der nachstehenden Aufstellung hervor. Es betrug die Anzahl der Betriebe in den einzelnen Bergbauarten:

	1918	1919	1920	1921	1922
Steinkohlenbergbau	849	857	443	455	398
Braunkohlenbergbau	498	523	576	586	574
Erzgruben u. Metallhütten	432	502	554	585	478
Salzbergbau und Salinen	208	237	235	238	237
Aud. Mineralgewinnungen	488	825	883	871	878
Insgesamt	1978	1944	2191	2235	2058

Gegen 1921 ging die Zahl der versicherungspflichtigen Arbeiter von 1 212 572 auf 1 073 754 zurück. Der Rückgang beträgt also 138 818. Auch diese Abnahme ist nur auf den Verlust Oberschlesiens zurückzuführen, denn allein im Bereiche der Sektion VI Beuthen ist die Zahl der versicherungspflichtigen Arbeiter um 152 626 zurückgegangen, nämlich von 206 828 auf 54 236. Wenn man von dem oberschlesischen Verlust absieht, hat im übrigen Bereich der Knappschaftsberufsgenossenschaft die Zahl der versicherungspflichtigen Personen zugenommen. Die Entwicklung der letzten Jahre war wie folgt. An versicherungspflichtigen Arbeitern waren vorhanden:

	1918	1919	1920	1921	1922
Steinkohlenbergbau	869374	704153	766140	835478	747686
Braunkohlenbergbau	77876	135695	173833	185402	136586
Erzgruben und Metallhütten	88397	70856	72270	74977	70816
Salzbergbau und Salinen	49364	47459	61312	54507	56264
Andere Mineralgewinnungen	13321	9899	11441	12213	12002
Insgesamt	918905	967962	1084501	1212572	1073754

Nach der Statistik über Unfälle ereigneten sich 1922 sechs Massenunfälle. Dabei haben 222 Personen einen Unfall erlitten. Entschädigungspflichtige Unfälle kamen 8736 vor. Auf je 1000 Versicherte entfielen:

Jahr	Entschädigungspflichtige Unfälle überhaupt	Unfälle mit tödlichem Ausgang im Entstehungsjahr
1913	14,98	2,31
1914	15,07	2,33
1915	15,60	2,79
1916	16,54	3,06
1917	17,66	3,70
1918	17,74	3,27
1919	14,58	2,56
1920	10,91	2,01
1921	9,75	1,83
1922	8,14	1,65

Also sind auch 1922 sowohl die entschädigungspflichtigen Unfälle als auch die Unfälle mit tödlichem Ausgang im Verhältnis zur Gesamtzahl der Versicherten etwas zurückgegangen. Für die Betriebsräte muß dies ein neuer Ansporn sein, für die Unfallverhütung mit aller Energie zu wirken. Die inneren Ursachen der Unfälle werden mit folgenden Prozentsätzen angegeben:

	1913	1919	1920	1921	1922
Die Gefährlichkeit des Betriebes an sich	68,07	69,45	65,96	64,22	69,29
Mängel des Betriebes im besonderen	1,2	0,98	1,41	1,24	1,29
Schuld der Mitarbeiter	3,23	2,88	3,17	4,20	2,98
Die Schuld der Verletzten selbst	27,58	26,77	29,46	30,34	26,44
Insgesamt	100	100	100	100	100

Im Verhältnis zum Jahre 1921 ist also der Prozentsatz der angeblich durch eigene Schuld Verletzten geringer. Immerhin ist er noch viel zu hoch. Wenn die Angaben der Wirklichkeit entsprechen, dann würde dies beweisen, daß die Gefahren des Bergbaues vielen Arbeitern noch nicht genügend bekannt sind. Die Bestrebungen, die an manchen Stellen gemacht werden, um den Arbeitern die Gefahren vor Augen zu führen, müßten deshalb mit Nachdruck unterstützt werden. Dem Anschein nach sind aber die Zahlen über die Höhe des Prozentsatzes der einzelnen Ursachen der Unfälle sehr zweifelhaft. Der Unterschied zwischen der einzelnen Sektion ist doch zu groß, als daß er wirklich möglich wäre. So beträgt z. B. der Prozentsatz der durch eigene Schuld Verletzten in der Sektion I in Bonn nur 15,10 Prozent, während er in der Sektion VI Beuthen 41,45 Prozent und in der Sektion III Clausthal sogar 43,05 Prozent aller Unfälle beträgt. Es ist deshalb mit an Wahrscheinlichkeit grenzender Sicherheit anzunehmen, daß es hier hauptsächlich auf die subjektive Ansicht der Personen ankommt, die die Unfalluntersuchungen leiten und ganz verschieden Schuld oder Unschuld beurteilen.

Zur Deckung der Unfallkosten wurden von den Unternehmern des Bergbaues 23 647 443 220,69 Mk. Umlage erhoben. 1921 betrug die Umlage 216 843 768,02 Mk. Demnach ist die Umlage 1922 um 23 430 599 471,67 Mk. oder, in Prozenten ausgedrückt, um 109 058 Prozent gestiegen. Auf 1000 Mk. der Lohnsumme und auf einen Arbeiter betrugen die Lasten für die Unfallversicherung wie folgt:

Im Jahre	auf einen Arbeiter	auf 1000 Mk. der Lohnsumme
1913	35,47	22,51
1919	61,96	12,33
1920	105,00	7,57
1921	178,83	9,20
1922	220,23	117,30

Angesichts der großen Geldentwertung kann man sich von dem absoluten Wert der Ausgaben für Unfallkosten auch keinen annähernd richtigen Begriff machen. Die Unfallrentenempfänger sind jedenfalls auch 1922 stiefmütterlich bedacht worden. Ihre Rentenerhöhungen blieben stets hinter dem Bedürfnis zurück. Die Rentenempfänger, die eine Rente unter 33⅓ Prozent der Vollrente erhielten, bekamen 1922 die Renten überhaupt nicht erhöht. Wenn man bedenkt, daß aus der Umlage von 1922 dem Betriebsstock, der am Schlusse des Geschäftsjahres 23 111 781 496,19 Mk. betrug, 22 Milliarden zugeführt wurden, so war die Ausgabe für die Unfallrente 1922 recht gering.

Nach der Statistik über die Rechtsprechung der Oberversicherungsämter und des Reichsversicherungsamtes haben die Sektionen der Knappschaftsberufsgenossenschaft 60 086 Bescheide erteilt, gegen die von den Versicherten 3844 Einsprüche erhoben wurden. Endbescheide wurden 4314 erteilt, dagegen wurden 2107 Berufungen eingelegt. Von den 819 Rekursen, die 1922 eingelegt wurden, sind 319 oder 65,64 Prozent zugunsten der Knappschaftsberufsgenossenschaft und 30 oder 6,18 Prozent zu ihren ungunsten.

Zu den Berichten über das Grubenrettungswesen werden wir in der nächsten Nummer der „Bergarb.-Ztg." Stellung nehmen.

Vom russischen Bergbau.

Kommunistische Theorie und Praxis.

Nach einer Zusammenstellung der offiziellen „Ekonomitscheskaja Shisn" stellte sich in den neun Monaten vom Oktober 1922 bis einschließlich Juni 1923 die gesamte russische Kohlenförderung auf 507 474 000 Pud gegen 542 570 000 Pud im Vorjahre und gegen 1,2 Milliarden Pud im Frieden. Die Förderung verteilte sich auf die einzelnen Gebiete wie folgt (die Zahlen des Vorjahres in Klammern): Donezbecken 347 291 (374 060), Moskauer Becken 42 077 (34 154), Ural 55 578 (58 674), Revier Kusnezk 42 170 (48 596), Revier Tscheremchowo 20 538 (23 358).

Im Donezgebiet wurden im Frieden 94,1 Proz. der gesamten russischen Produktion gefördert, jetzt 68,4, im Moskauer Becken 1,1, jetzt 8,8, im Ural 4,5, jetzt 10,9. Das Donezgebiet hat also wesentlich an Bedeutung verloren. Der Produktionsrückgang ist noch sehr erheblich, er ist zum Teil eine Folge des Zusammenbruchs im Transportwesen, viele Unternehmungen haben sich deshalb auf Salz oder Naphtha umgestellt, auch helfen sich manche Werke mit der Ausbeutung loser, wenn auch weniger ergiebiger Kohlenvorkommen.

Der Rückgang im Donezgebiet ist auch wesentlich darauf zurückzuführen, daß es nicht gelungen ist, die Ernährung genügend sicherzustellen. Einen Beweis, wie wenig auch die kommunistische Regie imstande ist, Schwierigkeiten zu überwinden, zeigt der folgende Beitrag zu dem Kapitel

Kommunistische Theorie und Praxis:

In dem größten Bergrevier Rußlands, dem Donezbecken, leben die Bergleute keineswegs in besseren Verhältnissen wie in irgendeinem kapitalistischen Staate. Das Gegenteil ist der Fall. Arbeitsflucht, Streiks und äußerst späte Lohnzahlungen sind an der Tagesordnung, obwohl eigentlich diese Auswüchse kapitalistischer Wirtschaft in einem kommunistischen Staate gar nicht denkbar sein sollten. Im Juliheft des „Gornorabotschij", dem amtlichen Organ des russischen Bergarbeiterverbandes, finden wir nämlich einen Bericht über die Lage im Donezrevier, dem wir folgende Sätze entnehmen:

„Fast alle Monate des letzten Halbjahres hindurch litt das Donezgebiet unter ungeheuren Lohnzahlungen. Monatelang wurden den Bergleuten die Löhne nicht ausgezahlt, wodurch die Existenz der Arbeiter und die Tätigkeit der Organisation schwer beeinflußt wurde. Von der Verschuldung gegenüber den Bergleuten wurde keine Schachtanlage verschont. Auf den meisten Gruben wurde der Lohn für April erst im Juni gezahlt. Zum Beispiel betrug Mitte Juli die Verschuldung für Mai und Juni im Rayon Almasno-Marjewsk 115 600 000 Warenrubel. Es ist klar, daß diese Verschuldung nicht spurlos vorübergehen konnte. Ihr folgte eine ganze Reihe von unorganisierten Konflikten, die durch frisch aus den zentralen Provinzen zugewanderte Elemente hervorgerufen wurden. So sind im Mai allein im Schachtinsker Rayon 101 Konflikte ausgebrochen, davon 89 infolge später Lohnzahlung."

Dann wird berichtet, daß in öffentlichen Bergarbeiterversammlungen das selbständige, unorganisierte Vorgehen dieser „zugewanderten Elemente" scharf verurteilt wurde, während der Berichterstatter noch hinzufügt, daß erst der Verband befragt werden muß, bevor ein Streik mit den Grubenverwaltungen unternommen wird. Dieser Satz im amtlichen Organ des russischen Bergarbeiterverbandes verdient festgehalten zu werden. In Deutschland propagieren nämlich die Unionisten und Kommunisten die These, daß die Organisation gar nicht befragt zu werden braucht, ob ein Streik berechtigt ist oder nicht; die Bonzen müsse man beiseite schieben, sie seien die Zuhälter der Stinnes, Thyssen, Krupp usw. Unsere Kommunisten würden also in Rußland wegen ihrer Generalstreikparolen und ihrer Disziplinlosigkeit alsbald vor sowjetamtliche Sieme gestellt werden, denn es wird den russischen Bergleuten als die größte Sünde angekreidet, daß sie sich vom Verbandsvorstand keine Streikerlaubnis geholt haben, obwohl doch die Nichtauszahlung des Lohnes der triftigste Grund zur Arbeitsniederlegung ist! Wenn unsere Kommunisten wieder eine Generalstreikparole in die Massen werfen, so stoße man sie mit der Nase auf den ganz richtigen Standpunkt des russischen kommunistischen Bergarbeiterverbandes, daß Streiks ohne vorherige Fühlungnahme mit der Organisationsleitung zu verwerfen sind. V. K.

Soziales Recht – Arbeiterversicherung.

Gleitende Berufungsgrenze im Gewerbegerichtsgesetz.

Die Verordnung zur Abänderung von Geldbeträgen im Gewerbegerichtsgesetz und im Gesetz betreffend Kaufmannsgerichte vom 20. August 1923 gestaltet die Geldbeträge, die die Zuständigkeit, die Berufung, die vorläufige, von Amtswegen zu erklärende Vollstreckbarkeit von Gewerbegerichtsurteilen sowie die einmalige Höchstgebühr für die Verhandlung eines Rechtsstreites vor dem Gewerbegericht betreffen, insofern gleitend, indem es für ihre Höhe eine Grundzahl, die mit einer abgerundeten Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten vervielfacht wird, vorschreibt.

Der Jahresarbeitsverdienst, bis zu dem nach § 8 des Gewerbegerichtsgesetzes auch Betriebsbeamte, Werkmeister und mit höheren technischen Dienstleistungen betraute Angestellte bei Rechtsstreitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis der Gerichtsbarkeit der Gewerbegerichte unterstehen, soll in Zukunft einen Betrag nicht übersteigen, der sich durch Vervielfachung der Grundzahl von fünftausend mit der auf volle Zehntausend nach unten abgerundeten, in der vorangegangenen Kalenderwoche veröffentlichte wöchentlichen Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten ergibt.

Die sogenannte Berufungsgrenze, von der an die Berufung gegen Gewerbegerichtsurteile möglich ist, ergibt sich nach der neuen Verordnung durch Vervielfachung der Grundzahl von dreihundert Mark mit ebenso wie der vorgehend abgerundeten Reichsindexziffer der vorangegangenen Woche. Vom 9. September 1923 ab ist also die Berufung nur gegen solche Gewerbegerichtsurteile möglich, deren Wert des Streitgegenstandes die so errechnete Summe übersteigt.

Von Amts wegen können nur die der Berufung oder dem Einspruch unterliegenden Gewerbegerichtsurteile für vorläufig vollstreckbar erklärt werden, bei denen der Gegenstand der Verurteilung an Geld oder Geldwert einen Betrag nicht übersteigt, der sich ergibt wenn die Grundzahl dreihundert mit der wie in dem ersten Fall angegebenen abgerundeten Reichsindexziffer der vorangegangenen Woche nicht übersteigt.

Der § 58 Absatz 2 des Gewerbegerichtsgesetzes, der von der einmaligen Gebühr [illegible] bei Gewerbegerichten zu entrichten [illegible] bei Verhandlung [illegible]: Dieselbe beträgt [illegible] Mark einschließlich dreitausend Mark. Die ferneren Wertklassen steigen um je 10000 Mark. Die höchste Gebühr besteht in dem Betrage, der sich durch Vervielfachung der Grundzahl von dreißig Mark mit der auf volle Zehntausend nach unten abgerundeten, in der vorangegangenen Kalenderwoche veröffentlichten wöchentlichen Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten ergibt.

Internationale Rundschau.

Der ungarische Bergarbeiterverband

hielt am 19. und 20. August seine Verbandsversammlung ab. Er wählte einen Ausschuß zur Vertretung aufgestellter wirtschaftlicher Forderungen der Bergleute und beriet Organisationsfragen und die Reform der Bruderladen (Knappschaftskassen). Er forderte ihre paritätische Verwaltung und Ausdehnung und Sicherung der Leistungen.

Mitgliederzahlen des Int. Gewerkschaftsbundes.

Der Internationale Gewerkschaftsbund gibt folgende Mitgliederzahlen der angeschlossenen Landeszentralen bekannt: Am 31. Dezember 1922 waren insgesamt 18 901 972 Mitglieder vorhanden, und zwar:

Oesterreich	1 049 949	Italien	1 128 915 [2])
Belgien	618 871	Lettland	12 350
Bulgarien	14 813 [1])	Luxemburg	12 100
Kanada	117 814	Palästina	3 000
Tschechoslowakei	400 000	Peru	25 000 [1])
Dänemark	282 574	Polen	411 066
Frankreich	767 847	Südafrika	50 000
Deutschland (ADGB.)	7 008 516	Spanien	208 170 [2])
Deutschland (AfA)	667 898	Schweden	292 917
Großbritannien	4 369 000	Schweiz	152 191
Holland	201 045	Jugoslawien	50 000 [1])
Ungarn	202 956		

[1]) 31. Dezember 1921. [2]) Erstes Halbjahr 1922. [3]) August 1923.

Knappschaftliches.

Teuerungszulagen in den Knappschaftsvereinen.

Auf unsere letzte Eingabe an die Vorstände der im Bezirk Hildesheim dominierenden Knappschaftsvereine betr. Erhöhung der Bezüge der Invaliden, Witwen und Waisen, gleichwohl ob sie Berufs- oder Reichsinvaliden sind, teilt uns der Wilden-Radensbergsche Knappschaftsverein mit, daß er an die Invaliden, Witwen und Waisen ab 1. August folgende monatliche Teuerungszulagen zahlt: 3 000 000 Mk. an Invaliden, 2 250 000 Mk. an Witwen, 1 125 000 Mark an Halbwaisen und 2 250 000 Mk. an Vollwaisen.

Der Ilseder Knappschaftsverein teilt mit, daß ab 1. Sept. ds. Js. den Pensionären des Vereins folgende Teuerungszulagen gewährt werden: den Invaliden 3 060 000 Mark, der Witwe 1 485 000 Mark, der Halbwaise 495 500 Mark, der Vollwaise 910 000 Mark. Diese Zulagen werden neben der Reichsinvaliden-, Unfall- und Kriegshinterbliebenenrente ausgezahlt. Falls sich die Verhältnisse gegenüber dem Tage der Festsetzung der Zulage, den 20. August, wesentlich verschlechtern, ist in Aussicht genommen, mitte des Monats September eine Nachzahlung auf obige Sätze stattfinden zu lassen.

Kameraden! Die Sätze, die in allen Knappschaftsvereinen gezahlt werden, sind gewiß nicht ausreichend zum Lebensunterhalt, ja sie sind zum Verhungern. Das Elend unter den Aermsten der Armen ist groß, es bringt manchen zur Verzweiflung.

Es muß stets Aufgabe der Organisation und deren Mitglieder sein, die finanziellen Verhältnisse der Armen bessern zu helfen. Dies kann nur durch Opferfreudigkeit der Kameraden in bezug auf die Beiträge für die Pensionskassen geschehen. Auf diesem Gebiete darf nicht gekauert werden, denn heute oder morgen schon kann es diesen oder jenen treffen, daß er sich in die Reihe der Aermsten mit einreihen lassen muß.

Aus der Allgemeinen Knappschaftspensionskasse für den Freistaat Sachsen.

Für die Zeit ab 3. ds. Mts. gelten, falls im Laufe des Monats nicht noch weitere Aenderungen erfolgen, die folgenden Beiträge und Leistungen:

1. Vom 3. September ab
   a) für einen knappschaftlichen und reichsgesetzlichen Versicherten wöchentlicher Beitrag (auf volle 1000 Mk. aufgerundet) vom Werk und dem Versicherten je 285 000 Mk. reichsgesetzlich, 20 Mk. knappschaftlich, 850 000 Mk. Umlage für die Teuerungszulage, insgesamt, 686 000 Mark;
   b) für einen nur knappschaftlich Versicherten vom Werk und dem Versicherten je 851 000 Mk. (20 Mk. knappschaftlich, 850 000 Mark Umlage);
   c) für einen nur reichsgesetzlich Versicherten vom Werk und dem Versicherten je 285 000 Mark.
2. Vom 17. September ab
   a) für einen reichsgesetzlich und knappschaftlich Versicherten vom Werk und vom Versicherten je 1 501 000 Mk. (950 000 Mk. reichsgesetzlich, 20 Mk. knappschaftlich, 850 000 Mk. Umlage);
   b) für einen nur knappschaftlich Versicherten wie unter 1 b;
   c) für einen nur reichsgesetzlich Versicherten vom Werk und vom Versicherten je 950 000 Mark.

Die Teuerungszulage an die Invaliden beträgt bei diesen Beiträgen vom 1. Oktober ab 9 Millionen Mark an Invaliden, 6 Millionen Mark an Witwen und 2 Millionen Mark an Waisen.

Die Begräbnisgelder werden bei nach dem 30. Septbr. eintretenden Sterbefällen von Invaliden auf 24 Millionen Mark, von Witwen oder Invalidenfrauen auf 20 Millionen Mark und von einer Waise oder einem Invalidenkinde auf 6 Millionen Mark erhöht. Die Witwenabfindung bei nach dem 30. September wieder heiratenden Witwen beträgt 15 Millionen Mark.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Verbot der „Bergarbeiter-Zeitung".

Den Kameraden im Ruhrgebiet konnten wir in der vergangenen Woche keine Zeitung zustellen, da diese von den Besatzungsmächten für eine Woche, bis einschließlich 3. Oktober, verboten wurde.

Raummangel zwingt uns weiter, eine Anzahl Artikel und Einsendungen zurückzustellen.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 40. Woche (vom 30. Septbr. bis 6. Oktbr.) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Die Mitglieder Franz Nay, Hauptn. 1 142 604, Zahlstelle Ueer, Wilhelm Römling, Hauptn. 488 746 und August Kathagen, Hauptn. 800 848, beide Zahlstelle Harpen, sind wegen Schädigung des Verbandes auf Grund des § 6 des Verbandsstatuts und Nichteinhaltung der Generalversammlungsbeschlüsse hiermit aus dem Verbande ausgeschlossen.

Adressenveränderung.

Wattenscheid. Theodor Hensel, Essen-Wattenscheid, Kuckucksstein 22.

Knappschaftsältestenkommission Dortmund.

Sonntag, den 7. Oktober, morgens 9½ Uhr, Kommissionssitzung im Saale des Wirts Michaelis am Gasenkamp.

An die Kameraden des Ruhrgebiets!

Die Aufgabe des passiven Widerstandes an der Ruhr, die Notwendigkeit, das Wirtschaftsleben in seinen normalen Zustand zurückzuführen, stellt die Arbeiterorganisationen, ihre Funktionäre und Mitglieder vor riesengroße Aufgaben. Die **Rückkehr zur normalen Wirtschaft** wird sich nicht ohne Reibungen aller Art vollziehen, da Not und Elend schlechte Berater sind. Die **Sorge für die Ernährung**, die **bessere Zufuhr von Lebensmitteln**, kann nur dann den notwendigen Erfolg haben, wenn die Besatzungsmächte die Not und den Zwang zu ihrer Abstellung richtig erkennen und ihre Maßnahmen danach einrichten. Die Rückkehr zur regelmäßigen Produktion ist ebenso abhängig von den Maßnahmen der Besatzungsmächte wie von dem **Fernhalten von Unruhen** im Ruhrgebiet. — In den Fragen der **Lebensmittelversorgung**, der **Rückkehr der Ausgewiesenen und Verurteilten**, der **Lohnsicherung** usw. werden die Gewerkschaften alles daran setzen, die Interessen der Arbeitnehmerschaft zu wahren. Sie können das aber nur wirksam, **wenn Zersplitterungen und Sonderaktionen, wenn wilde Streiks und Putsche vermieden werden.** Wenn nach einem verlorenen Streik alles wahllos in die Betriebe zurückläuft, ist die Sache der Arbeiter restlos verloren. Wenn nach diesem Kampfende im Ruhrgebiet die Organisationen nicht die Mitwirkung an den genannten Fragen restlos in der Hand behalten, tritt ein ähnliches Chaos, nur in vielfach vergrößertem Maßstab und mit vielfach größerem Elend ein. **Es ist deshalb die absolute Pflicht aller Verbandsfunktionäre, Betriebsräte und Mitglieder, allen Verlockungen zu Sonderaktionen zu widerstehen, keine Verhandlungen irgendwelcher Art und mit irgendwelchen Stellen zu führen, ohne die Mitwirkung der Organisationsvertretung zu Hilfe zu nehmen. Wenn je, so ist jetzt Zusammenfassung aller Kräfte Gebot der Stunde! Deshalb: Keine Separatverhandlung irgendwelcher Art! Alles mit und durch die Organisation zum Besten der breiten Volksmasse!**

Die Gefahr von heute und von morgen.

Die Mark gestrichen, ebenso wie der Sowjetrubel an der Börse nicht mehr notiert! So las man in einer Meldung aus Basel am 12. September. In wahnsinnigen Sprüngen hatte sich die völlige Entwertung der Mark vollzogen, am 25. August stand der Dollar auf 4,7, in der ersten Septemberwoche auf 30, am 13. September auf 110—120 Millionen, am 20. September wurde ein amtlicher Kurs von 150, im Freihandelskurs bis 200 Millionen gemeldet. Die Preise folgen in immer kürzerer Frist dem Dollar und längst ist es üblich, daß die Kaufleute aller Branchen nur unter Zugrundelegung ihrer Goldpfennigrechnung auch im Kleinhandel verkaufen und den Multiplikator täglich nach dem Dollarstand ändern. Am 20. September stellten wir an Preisen fest pro Pfund: Butter 91, Schmalz 50—60, Margarine 27, Oel 55, Schmierseife 22, Kernseife 60, Graupen 10, Salz 1, Mehl 10, Zucker 8, Reis 10, Grießmehl 12 Millionen Mark. Für ein Ei wurden 6—9 Millionen Mark gefordert, Kartoffeln kosteten 700 000 bis 1 Million das Pfund. Pflaumen kosteten 3—4, grüne Bohnen 8—14, 1 Pfund Gurken 40 Millionen. So beträchtlich auch der Erfolg der Gewerkschaftsorganisationen war, den sie mit dem Versuch der Wertbeständigmachung der Löhne erreichten: bei dieser Entwicklung müssen alle solchen Maßnahmen nur jammervolles Stückwerk bleiben.

Der Reichsindex zeigte bis zum 17. Sept. folgende Entwicklung:

1913/14 = 1			
Durchschnitt Mai	3 816	6. August	149 531
Durchschnitt Juni	7 650	13. August	436 095
Durchschnitt Juli	37 651	20. August	753 738
Durchschnitt August	536 045	27. August	1 183 434
4. Juli	16 180	3. September	1 845 261
11. Juli	21 511	10. September	5 051 046
16. Juli	28 592	Steigerung gegen Vorw. 173,7 %	
23. Juli	39 536	17. September	14 244 900
30. Juli	71 470	das ist eine Steigerung gegen die Vorwoche von	182 %

Der Großhandelsindex des Reichsamts stieg am 4.—11. September um 255 % auf das 11 513 231fache des Friedensstandes, vom 11.—18. September betrug die Steigerung 202,8 % auf das 26 millionenfache des Friedenspreises. Zwei Tage später war der Dollarstand und die Großhandelspreise aufs neue verdoppelt und kein Mensch kann sagen, wie die Entwicklung weiter geht, wohin sie geführt hat, wenn diese Zeilen den Kameraden im Druck vorliegen.

Die schmachvolle Schandwirtschaft einer bürgerlichen Regierung von „Fachmännern" hat während des Ruhrkonflikts alle Lehren des Weltkrieges, alle Mahnungen der Arbeitnehmerschaft in den Wind geschlagen. Wir nahmen den Kampf an der Ruhr auf, wissen aber von vornherein darauf hin, daß er nicht erfolgreich zu führen sei, ohne ein sofortiges dauerndes Opfer des Besitzes zur Führung dieses Kampfes. Man hörte uns nicht, druckte Milliarden, Billionen von Banknoten, sabotierte jede Steuer und verdiente Milliarden und Billionen am Ruhrkampf und seinen Folgen.

Eine Minute vor dem Ende raffte man sich denn zu Steuern auf, die an sich brutal genug waren, um wirksam der Finanznot und dem Preiselend zu begegnen, wenn zugleich die gegenwärtig tiefste Ursache, die Geldentwertung, der Ruhrkonflikt, seinem Ende entgegen geführt worden wäre. 60—70 Billionen sollten die neuen Steuern bringen, nur um 20—30 Billionen war zeitweise die Reichsschuld höher als dieser erwartete Steuerbetrag. Aber dieser Betrag selbst wurde durch systematische Steuersabotage geringer. Dutzende von Billionen erforderte täglich der Ruhrkampf zur Bezahlung der gezwungen unproduktiv Bleibenden im wichtigsten Industriegebiet des Landes (60 Billionen täglich erforderte die Erwerbslosenunterstützung) und so war auch diese Steuer weiße Salbe.

Wieder einmal gingen Sozialdemokraten in die Reichsregierung, wieder einmal riskierten sie Ansehen und Popularität, um den Gaustall ihrer Vorgänger in der Reichsregierung auszumisten. Was sie jahrelang gefordert, was, vor einem Jahre erfüllt, vielleicht den Ruhrkonflikt vermieden hätte, wurde nun schrittweise in Angriff genommen: Währungsreform, Sachwerterfassung. Hand in Hand damit ging endlich eine vernünftige Politik zur Beendigung des Ruhrkonflikts.

Welchen Erfolg oder Mißerfolg diese Politik gehabt hat, wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, kann im Augenblick der Niederschrift nicht gesagt werden. Ob Frankreich vernünftig genug ist, durch schnelle Verhandlung zu heilen, dem Chaos in Deutschland vorzubeugen, ob es gelingt, die breiten Volksmassen vor der akuten Hungertodgefahr zu schützen, in diesem Augenblick wissen wir es nicht. Wir hoffen es.

Aber wenn wir dieses Glück haben, wenn es gelingt, rasch Frieden an der Ruhr und damit die Vorbedingung der Erhaltung unseres Landes, unserer Wirtschaft zu erreichen, wenn wir vor dem Wüten des Hungerkrieges bewahrt bleiben, dann kommen neue Gefahren. Das Kohlensyndikat ist um drei Monate verlängert, das Umstellungsgesetz für die staatlichen Bergwerke ist so zugeschnitten, daß die Werke arbeiten können ohne Kohlensyndikat. Eine Reihe anderer Momente spricht dafür, daß die Unternehmer sehr bald die Zeit für gekommen erachten, die Zwangsgemeinwirtschaft zu zerschlagen.

Der Stinnesdirektor Minoux hat in einer Broschüre: „Deutschlands Not und Rettung" keinen Zweifel über die Gefahren gelassen, die von dem „Wiederaufbauprogramm" der Unternehmer der Arbeiterschaft drohen. Einige seiner Vorschläge sind gut, auch manches, was er über die Bureaukratisierung im Lande, die verschiedenen Sparmöglichkeiten sagt, ist der Erwägung wert. Aber er will das „Krebsgeschwür der Zwangswirtschaft" auf allen Gebieten wegoperieren.

> „Die fabrikmäßig entstandenen Gesetze und Verordnungen müssen aufgehoben werden. Disziplin und Arbeitswille,... **Verlängerung der ungenügenden Arbeitszeit**, sie sind eiserne Notwendigkeit und einzige Möglichkeit, uns vor dem vollendeten Untergang zu bewahren."

Minoux rechnet einerseits mit großer Arbeitslosigkeit, andererseits will er alle möglichen Bauten einschränken und nur wirkliche Notstandsarbeiten ausführen, für die er auf billiges Material rechnet, „insbesondere dann, wenn keine preistöhlichen Ringbildungen in Form von Syndikaten, Kartellen, Konzernen mehr bestehen."

Wir glauben Herrn Minoux gern, daß er die Zwangssyndikate beseitigen möchte, aber glaubt er selbst daran, daß die Unternehmer auf ihre freiwilligen Syndikate verzichten? Es ist nicht totsicher, daß das Aufhören der Gemeinwirtschaft [illegible] und Fall zu einer vollendeten Herrschaft der [illegible] Monopole über unser Land und Volk führen würde?

Wir kommen auf die Ausführungen von Minoux noch eingehend zurück. Die paar Sätze, die wir zitierten, zeigen schon die großen Zukunftsgefahren für die Arbeitnehmerschaft und rufen jedem Kameraden zu: **Schärfe deine Waffe, stärke deine Organisation für diese Kämpfe einer nahen Zukunft!**

Die Lohnverhandlungen

am 20. September führten zu keiner Vereinbarung. Ein Schiedsspruch vom 21. September (gegen die Stimmen der Arbeitnehmer) setzte in der Spitze eine Erhöhung von 185,7 Prozent fest, das ist für das Ruhrgebiet ein Gesamtdurchschnittslohn einschließlich Haushalts- und Kindergeld von 160, für oberschlesische Steinkohle von 120, für sächsische Steinkohle von 112, für die Kernreviere des mitteldeutschen Braunkohlengebiets 106 Millionen Mark je Schicht.

Nähere Mitteilungen lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

* *

Die Kohlenpreise wurden infolge der Lohnerhöhung zunächst am 14. September mit Wirkung vom 17. September enorm erhöht. Der Preis für Ruhrfettförderkohle erhöhte sich durch Umrechnung einschließlich Steuer von 168 Mill. auf 621 240 000 Mk. pro Tonne. Davon sind 195 100 000 Mk. Steuer, so daß den Werken netto 426 140 000 Mk. verbleiben. Für Oberschlesien kam ein Bruttopreis (einschließlich Steuer usw.) von 438 320 000 Mk. in Frage. (Die Steuer beträgt hier 131 700 000 Mk., der Nettopreis also 306 620 000 Mk. pro Tonne.) Vom gleichen Tage ab werden die Kohlenpreise nicht mehr in Papiermark, sondern in Goldmark veröffentlicht und berechnet. Erfolgt die Zahlung in Papiermark, so werden die Papiermarkbeträge nach der amtlichen Dollarnotierung an der Berliner Börse, Mittelkurs zwischen Geld- und Briefkurs, 1 Dollar 4,20 Mk., am Tage nach Zahlungseingang in Goldmark gutgeschrieben.

Die Verkaufspreise für die Verbraucher betragen z. B. für eine Tonne Ruhrfettförderkohlen 28,08 Goldmark, während sie im Durchschnitt aller Sorten in Oberschlesien 19,81, in Niederschlesien 23,28, Sachsen 27,59, Ibbenbüren 24,68 Goldmark ausmachen. Hiernach stellt sich der Verkaufspreis für eine Tonne oberschlesische Flammstückkohle auf 22,93 Goldmark, niederschlesische Nuß I gewaschen (Fürstenstein) 27,14 Goldmark, schlesischer Stückkoks auf 36,60 Goldmark, niederschlesischer Gießerei-Stückkoks auf 42,48 Goldmark, Ruhrfettförderkohle 28,08 Goldmark und Ruhrfettstückkoks 37,21 Goldmark, Ruhr-Großkoks I 41,01 Goldmark, mitteldeutsche und ostelbische Braunkohlenbriketts 14,58 Goldmark.

Nach Abzug der Kohlensteuer, der Umsatzsteuer, des Heimstättenbeitrags und der Handelsprovision verbleiben den Zechen als reine Verkaufspreise: im Ruhrrevier für eine Tonne Fettförderkohle 19,26 Goldmark, in Oberschlesien für eine Tonne im Durchschnitt aller Sorten 18,36 Goldmark, in Niederschlesien für eine Tonne im Durchschnitt 17,66 Goldmark, in Sachsen für eine Tonne im Durchschnitt 20,30 Goldmark, in Ibbenbüren für eine Tonne im Durchschnitt 17,29 Goldmark, in Mitteldeutschland und Ostelbien für eine Tonne Braunkohlenbriketts 10,45 Goldmark.

Die Folge dieser Goldmarkrechnung werden Verhandlungen über Goldmarklöhne sein.

Verband, Union und Einheitsfront.

Die Union der Hand- und Kopfarbeiter hat in den letzten Wochen zentral- und bezirksweise ihre Versuche fortgesetzt, unseren Verband zu gemeinsamen Verhandlungen zu bewegen, zu den Lohnverhandlungen zugelassen zu werden oder eine Verschmelzung der Union mit dem Bergarbeiterverband zu verlangen.

Am 5. September ging unserem Hauptvorstand von der Union ein Aufruf an die Angestellten- und Arbeiterorganisationen des Bergbaues zu, in dem zu einer Einheitsfront zum Kampf für den Friedensreallohn der Bergleute aufgerufen wurde. Für die Woche vom 3. bis 9. September wurde ein Schichtlohn von mindestens 15 Mill. Mk. als notwendig bezeichnet. Diese Forderung der Union wurde von der Arbeitsgemeinschaft durchgesetzt, ohne daß die Forderung ihr bekannt war! Für die Woche vom 3. bis 9. September betrug der Schichtlohn im Ruhrgebiet durchschnittlich 15 Mill. Mk., der Durchschnittslohn der Gedingearbeiter mindestens 16 698 000 Mk. Daß die fortschreitende Geldentwertung und Teuerung auch diese Lohnsteigerung rasch illusorisch machte, ist bekannt. Die Union, die am 4. September den Lohn von 15 Mill. Mk. als notwendig bezeichnete, hat aber kein Recht, diesen Lohn als „Spott und Hohn" zu bezeichnen, wie sie es in einem späteren Schreiben tut. Gegen den schärfsten Widerstand der Unternehmer wurde für die Woche vom 10. bis 17. September eine Lohnerhöhung für das Ruhrgebiet auf durchschnittlich 56 Mill. Mk. erreicht, der Durchschnittslohn der Gedingearbeiter mußte mindestens 62 218 000 Mk. betragen! Aber auch diese Lohnerhöhung wurde durch die Preisentwicklung rasch überholt.

Solange die Ruhraktion nicht beendigt, solange nicht gleichzeitig eine Währungsreform durchgeführt ist, geht der Notendruck, die Geldentwertung und die Preissteigerung unaufhaltsam weiter! Die gewerkschaftliche Lohnpolitik kann noch so radikal und erfolgreich sein: verdoppelt sie den Lohn, so steigt gleichzeitig die Notenflut, der Dollar und die Preise und drei Tage später ist das Elend wieder da. Hier kann neben wirtschaftlicher Radikalkur gegen Wucher und Spekulation nur die politische Aktion für Ruhrkampfbeendigung und Währungsreform helfen! Union, KPD. und Deutschnationale predigen aber fortgesetzt blindwütigen Kampf gegen die Franzosen, spielen mit dem Gedanken eines Krieges gegen Frankreich. Eine Verständigung mit der Union ist deshalb vorläufig völlig unmöglich.

Während die Zentralleitung der Union ihre Zulassung zu den Lohnverhandlungen verlangt, will sie andererseits den Austritt der Verbände aus der Arbeitsgemeinschaft. Daß bei Erfüllung dieses Verlangens sofort eine neue wenn auch formlosere Arbeitsgemeinschaft zur Regelung der Arbeitsbedingungen usw. entstehen müßte, liegt auf der Hand.

In Lugau-Oelsnitz schlug die lokale Leitung der Union unserer Bezirksleitung eine Verschmelzung der Union mit dem Bergarbeiterverbande vor unter der Voraussetzung: Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft, Bildung von Betriebsorganisationen und Neuwahl sämtlicher Funktionäre und Angestellten.

Wir haben in kritischen Zeiten immer den Ruf nach Einigung gehört. Wir sind zu jeder einheitlichen Kampfführung mit anderen Verbänden bereit, sobald die Vorbedingungen dafür gegeben sind. Die Kampfmethoden der Union, die bisher in der Mehrzahl der Fälle nur in zweckwidrigen Aktionen mit Gewaltanwendung bestand, hindern aber solchen gemeinsamen Kampf und von einer Verschmelzung unseres Verbandes mit einer der roten Moskauer Gewerkschaftsinternationale Gehorsam schuldigen Organisation kann erst recht keine Rede sein. Unser Verband ist deshalb ebensowenig wie die anderen der Arbeitsgemeinschaft angehörenden Bergarbeiterverbände in der Lage, dem Verlangen der Union zu entsprechen, solange sie an die Befehle und Methoden Moskaus gebunden ist.

Kampfstimmung der mitteldeutschen Bergherren.

Unsere Bezirksleitung schreibt uns:

Die mitteldeutschen Grubenherren haben Kampfmut bekommen. Seit einiger Zeit mühen sie sich untereinander wetteifernd ab, den Bergarbeitern zu beweisen, daß die früheren „Herr-im-Hause"-Manieren wieder zur Geltung gebracht werden müssen. Das äußert sich ganz besonders darin, daß sie den letzten Streik als willkommene Gelegenheit benutzen, mit dem großen Reinemachen zu beginnen. Wer sich als Funktionär seines Verbandes mißliebig gemacht hat, fliegt ohne viel Federlesens. In erster Linie richten sich die Angriffe gegen die Betriebsräte, denen von Seiten der Werksleitungen die schikanösesten Schwierigkeiten bereitet werden. Ganz besonders auf den Zechen der Hugo Stinnes, Riebeck Montanwerke, wird diese lästige Einrichtung der Betriebsvertretungen durch einen Stab gut geschulter Werksorgane bekämpft. Durch ein Schreiben ist den Betriebsräten mitgeteilt worden, daß sie sich ohne weiteres den Weisungen der Werksleitung zu fügen hätten.

Aber auch bei den Lohnverhandlungen lassen die Herren von einer Verhandlung zur andern immer mehr erkennen, daß ihnen das Treiben der Gewerkschaften nicht mehr paßt. Von Verhandlung zu Verhandlung steigern sie den Druck ihrer Ablehnung gegen höhere Lohnzahlung mit der die Verbraucher irreführenden Behauptung, daß die „maßlos" hohen Löhne den Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft herbeiführten. Ja, der Führer des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues, Generaldirektor Platschek, erkühnte sich zu dem starken Tone:

> **„Was geht das uns an, wie die Arbeiter mit ihren Löhnen auskommen, erst kommt die Wirtschaft, dann die Arbeiter".**

Das ist das geifernde Gerede von dem Hochhalten der deutschen Volkswirtschaft, bei dem die einen maßlos arbeiten und die andern ebenso maßlos hungern und verarmen. Darüber sind dem Kundigen längst die Augen aufgegangen, daß mit dem Schlagwort „Volkswirtschaft", wenn es von dieser Seite angewandt wird, nur der tiefere Sinn der Furcht vor dem Profitverlust steckt. Die Arbeiter gehören auch zur Volkswirtschaft — sie sind ihr wertvollster Bestandteil!

Aber einen besonders merkwürdigen Klang bekommt die Phrase von der Erhaltung der Volkswirtschaft durch die großsprecherische Drohung des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten und Stinnes-Posaunisten Leopold, der wegen der hohen Löhne sämtliche Stinnes-Riebeckwerke schließen will. Vor kurzem noch forderten die Herren Ueberschichten und jetzt gehen sie zu umfangreichen Betriebseinschränkungen über und drohen gar ihre Betriebe zu schließen. Das sind die fürsorglichen Führer der deutschen Volkswirtschaft, denen das Vorhandensein von Arbeitslosenheeren ebenso gleichgültig ist wie der Umstand, daß im künftigen Winter die deutsche Bevölkerung frieren muß, weil der Profit in Gefahr ist. Und die dann als Schuldige die „nimmersatten" Bergarbeiter hinstellen und auf sie die frierende Bevölkerung und die Regierung hetzen.

In Wirklichkeit soll der bis zum Aeußersten getriebene Widerstand gegen eine nur der äußersten Notwendigkeit entsprechende Lohnpolitik als Druckmittel auf die Regierung zur Hergabe von Krediten dienen. Es hat keinen Zweck, es immer so hinzustellen, als seien allein die Löhne die Ursache der Teuerung; ein Umstand in gewissen Kreisen überzeugt zur Genüge, daß als fast alleinige Ursache nichts anderes als die schamlose Profitgierei gewisser Monopol-Industrien und der Landwirtschaft in Frage kommt.

Freilich in Mitteldeutschland ist der Ruf von Stinnes und Raumer nicht ungehört geblieben. Mehrproduktion — verlängerte Arbeitszeit, das ist die Parole, deshalb der doppelte Druck auf die Regierung und die verbrauchende Bevölkerung, die Bergarbeiter zu williger Unterordnung zu zwingen. Die Regierung hat die Pflicht, ihre ganze Aufmerksamkeit auf dieses Treiben zu richten, um gegebenenfalls rücksichtslos die nötigen Zwangsmaßnahmen gegen die „Saboteure der Volkswirtschaft" zu ergreifen. Der disziplinierten Mithilfe der Bergarbeiter ist sie in diesem Falle gewiß.

Aber worauf es den Bergherren zum Schluß ganz allein ankommt, das hat der Generaldirektor der Mansfeld A.-G. Reinold, der über etwa 20 000 Arbeiter gebietet, im Eifer verraten. Herr Reinold erklärte nämlich:

> **„Da die Gewerkschaften kein Verständnis für die wirtschaftliche Notlage hätten, würden in aller Kürze die Lohnverhandlungen nicht mehr mit den Gewerkschaften, sondern mit den Arbeitern der Betriebe selbst geführt werden".**

Das ist ehrlich, aber auch deutlich genug. Die mitteldeutschen Bergherren fürchten die Gewerkschaften und halten ihre Arbeiter für dumm genug, in ihnen willige Stützen im Streben nach höherem Posten und betrieblicher Alleinherrschaft zu finden.

Das heißt also, die Bergherren wollen die Gewerkschaften erledigen, weil sie dann hoffen, bei ihren Arbeitern das richtige Verständnis für niedrigere Löhne und verlängerte Arbeitszeit zu finden!

Die Herren werden sich irren. Sie mögen ihre Hoffnung nicht auf die letzten Ereignisse bauen. Die Stinnes'schen Pläne werden die mitteldeutschen Bergarbeiter gerüstet finden. Unter der Führung des Bergarbeiterverbandes werden sich die Bergarbeiter geschlossen zur Wehr setzen. Sie werden nun erst recht den letzten Mann zur Besinnung bringen, wo es ums Ganze geht, damit Stinnes und seine Gläubigen auf Granit beißen.

Nun erst recht werden die Bergarbeiter in ihren Organisationen die einzige Stütze sehen!

Bergarbeiter lernt, die Bergherren haben Euch klar gemacht, daß sie keine Gewalt so sehr fürchten als die Gewerkschaften! Im mitteldeutschen Bergbau darf es keinen Unorganisierten mehr geben.

Renegaten im Saarland.

Das neue Verbändchen, das Emil Becker gegen unseren Verband gegründet hat, will und will nicht vorwärts kommen. Alle Versuche, sich als Vertreter rein saarländischer Interessen aufzuspielen [illegible] Frankreichfreundschaft zu leugnen, müssen im Verband [illegible] ergebnislos bleiben, da man hier die Entstehungsgeschichte des Verbändchens und seine Finanzierung zu genau kennt.

Der Außenstehende braucht nur einen Blick in das Blättchen des Verbandes, den „Saarbergmann", zu werfen, um die völlig großfranzösische Einstellung Eckerts zu erkennen. In Nr. 4 liest man z. B.:

„Wenn man ihnen (Becker und Genossen) heute den Vorwurf macht, daß sie während des Streiks die Fahne verlassen haben, so ist zu sagen, daß sie nur der Bergarbeitersache an der Saar dienten, wenn sie einer Fahne nicht mehr folgten, die von großpreußischen Agenten getragen wird, derselben Mentalität wie die Hakenkreuzler. Doch alle diejenigen, die jetzt Verräter schreien, von der Zentrumspartei bis zu den Kommunisten, sie werden in Zukunft erleben müssen, daß trotz der 4½ Jahre langen großpreußischen Propaganda der Saarbergmann nicht großpreußisch gesinnt ist."

Wir kennen die lokale bürgerliche Presse nicht so genau, um zutreffend zu beurteilen, wann und wo Hakenkreuzlergeist sich bemerkbar macht. Aber unseren Verband z. B. großpreußisch, von hakenkreuzlerischem Geist beseelt zu nennen, ist eine durch nichts zu rechtfertigende Unverschämtheit. Ein Wunder ist ein solches Urteil natürlich nicht bei Leuten, die auch in ihrem Verbandsblatt in hohen Tönen das Lob der französischen Schulen im Saargebiet singen. Wir und unsere Kameraden sind nicht Großpreußen, aber Deutsche, die nicht duckmäuserisch unter ein Fremdjoch kriechen und ihr Land, ihr Volk und ihre Sprache verleugnen.

Wie dem Blättchen alle Mittel zur Hetze dienen müssen, zeigt die folgende, in Nr. 3 abgedruckte Gedenktafel:

Karl Liebknecht — ermordet!
Rosa Luxemburg — ermordet!
Kurt Eisner — ermordet!
Hans Paasche — ermordet!
Erzberger — ermordet!
Walther Rathenau — ermordet!
Gareis — ermordet!
Ernst Toller — eingekerkert!
Kapitänleutnant Ehrhardt — entflohen!
Deutschland — Republik!

Arbeitet das Blättchen hier ganz nach kommunistischen Methoden, ohne zu erwägen, daß die Zersplitterung der deutschen Arbeiterschaft erst die Reaktion in der deutschen Republik stärkte, so benutzt es an anderer Stelle rein französische Hetzmittel. Es schreibt:

Vom Kampfgebiet in Frankreich.

Verwüstete Gemeinden:	3256.
Geflüchtete Bewohner:	2500 728.
Zerstörte Häuser:	789 000.
Verwüstete Forsten:	3 337 000 ha.
Zerstörte Straßen:	52 734 km.
Zerstörte Eisenbahnen:	4 084 km.
Große Fabriken zerstört:	5 297.

Auch wenn diese Zahlen richtig wären: sind die deutschen Arbeiter dafür verantwortlich oder nicht vielmehr die Kriegshetzer und Kriegsverlängerer in Deutschland und Frankreich und den anderen Ländern. Hat irgend jemand mehr getan für die deutschfranzösische Verständigung als die deutschen Gewerkschaften, die praktisch den Wiederaufbau Nordfrankreichs in die Hand nehmen wollten oder wie die deutschen Bergleute, die trotz Entbehrung und Not Ueberschichten wegen der Reparationslast machten?

Man sieht, nicht wir sind „großpreußisch" oder „hakenkreuzlerisch", aber Becker und Genossen mit deutschen Namen sind französische Agenten!

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Wilhelm Pfannkuch †.

Eine markante Gestalt aus der deutschen Arbeiterbewegung, Wilhelm Pfannkuch, ist im fast vollendeten 68. Lebensjahr verschieden. Pfannkuch war ein Kasseler Kind; als 19jähriger Tischlergeselle ging er auf die Wanderschaft, kam nach Berlin und hier über Schulze-Delitzsch in die Einflußsphäre von Lassalle. Nach siebenjähriger Wanderschaft kam Pfannkuch nach Kassel zurück und veranlaßte den Anschluß des sozialdemokratischen Arbeiterbildungsvereins an den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Er flog aus seiner Stellung als Vorarbeiter in der Eisenbahnwerkstätte hinaus, wurde Expedient und Redakteur eines sozialdemokratischen Blattes, das durch das Sozialistengesetz verboten wurde.

Er arbeitete viel für die Gewerkschaftspresse, wurde 1892 Redakteur der „Tischler-Zeitung", kam aber bald wieder in die politische Bewegung. 1884 kam er für Hasenclever in den Reichstag. Seit 1889 war er Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung, seit 1894 im Vorstand der sozialdemokratischen Partei. Auf dem Einigungsparteitag in Nürnberg konnte er der USP. noch die Bruderhand reichen. Der Gewerkschaftsbewegung stand er bis zu seinem Ende mit größtem Verständnis entgegen. Wenn wir alle so ernsthaft und selbstlos wie Pfannkuch unserer Sache dienen, ehren wir sein Gedächtnis am besten.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Auswanderung nach Amerika.

Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten ist gesetzlich beschränkt, auch die Arbeiterorganisationen widersetzen sich der schrankenlosen Einwanderung, weil sie davon eine Herabdrückung der Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter befürchten. Die Einwanderungsgesetze werden rigoros gehandhabt. Kürzlich meldete der JDB.:

Weil verschiedene Schiffe einige Minuten oder Sekunden zu früh in die amerikanischen Gewässer einfuhren, sollen 1800 Auswanderer zurückgesandt werden. Die bis zum 31. August zugelassene Zahl der Einwanderer war erreicht und die Schiffe, die am 31. August nachts um 11,55, 11,56, 11,57 und 11,59½ Uhr die amerikanische Wassergrenze überschritten, hatten kein Recht, Auswanderer nach Amerika zu bringen. Einige Minuten später wäre dieses Recht vorhanden gewesen. Der zuständige Beamte erklärte nach einem Bericht der „Times", daß es unmöglich sei, zugunsten der unglücklichen Leute vom Buchstaben des Gesetzes abzuweichen.

Die Bergbauunternehmer Amerikas sehen sich vor neuen Konflikten mit der Arbeiterschaft, die die Absicht der Regierung nach einer gemeinwirtschaftlichen Bindung des Kohlenbergbaues unterstützt. Durch Agenten suchen sie auch in Deutschland Bergarbeiter. Aus Ilsenburg (Harz) wird uns ein Vertrag übersandt, den die Agenten unterschreiben lassen. Darin wird versprochen, daß die Quincy Mining Company in Hancock, Grafschaft Houghton, Staat Michigan, die Reisekosten verschießt. Sie hält diese Kosten aber in Raten vom Lohn ab und droht mit Strafverfolgung wegen Betrugs, wenn der Betreffende nicht seinen Vertragsverpflichtungen nachkommt, nicht zu den vereinbarten Bedingungen arbeitet. An Lohn werden 4,15 bis 4,50 Dollar versprochen, „zuzüglich einer Leistungsprämie", über die Näheres nicht gesagt wird. Unterkunft und Verpflegung soll gewährt werden für einen Preis, der nicht mehr als einen Dollar im Monat beträgt.

Wir sind leider über die Verhältnisse bei dieser Gesellschaft nicht orientiert, die engere Verbindung mit der amerikanischen Organisation ist erst kürzlich hergestellt und wird gegenwärtig durch eine Reise des Sekretärs des Internationalen Bergarbeiterbundes nach Amerika befestigt. Bis zum Vorliegen näherer Nachrichten können wir nur dringend vor Abmachungen mit fremden Agenten warnen.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Leichtsinn oder Verbrechen?

Wie der „Kompaß" mitteilt, brach auf der Zeche Radbod am 24. Mai während des Schichtwechsels (Mittag- und Nachtschicht) ein Grubenbrand aus. Die Untersuchung ergab, daß es sich nur um eine Brandstiftung handeln kann, weil eine Selbstentzündung der Kohle oder Brandentstehung durch Reibung an dieser Stelle ausgeschlossen sei. — Wenige Tage später wurde in einer Haspelkammer eine Streichholzschachtel mit einigen abgebrannten Streichhölzern gefunden. Zweifellos hängt der letzte Vorfall mit dem leidigen Zigarettenrauchen zusammen.

An die Bergarbeiter der besetzten Gebiete!

Die Reichsregierung hat durch ihren Aufruf an das Volk vom 26. September bekannt gegeben, daß der passive Widerstand aufgegeben werden soll. Die Aufgabe muß erfolgen, wenn die deutsche Wirtschaft nicht vollständig zugrunde gehen soll. Dem rasenden Währungsverfall muß Einhalt geboten, die Notenpresse muß zum Stillstand gebracht werden. Unerläßliche Voraussetzung hierfür ist die Aufgabe des passiven Widerstandes und die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Existenz und die Zukunft des deutschen Volkes, vor allem der Arbeiterschaft, macht diese Maßnahmen zur zwingenden Notwendigkeit. Die vier Bergarbeiterverbände fordern Euch deshalb auf, die Arbeit und Förderung sofort in vollem Umfang wieder aufzunehmen.

Kameraden! Ruhe und Ordnung im Innern Deutschlands sind vor allem erforderlich, wenn die gefahrdrohende Lage überwunden werden soll. Kommunisten, Unionisten und Rechtsbolschewisten fordern den Generalstreik und arbeiten auf den Bürgerkrieg hin. Das ist ein Verbrechen am Volk und zerstört die deutsche Republik.

Kameraden, verfagt diesen Volksverderbern die Gefolgschaft. Die vier Bergarbeiterverbände haben bisher Eure Interessen vertreten und wahrgenommen, sie werden das auch in der kommenden schweren Zeit tun. Die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen kann um so wirksamer geschehen, je geschlossener die Kameraden den Verbänden und ihren Weisungen folgen.

Die vier Bergarbeiterverbände.

Radbod kann immer noch zu den gefährlichsten Zechen gerechnet werden. Wenn wir auch der Meinung sind, daß eine gesunde Pädagogik das beste Mittel ist zur Erweckung von Verantwortungsgefühl, so sind vorstehende Vorfälle, besonders die Streichholzsache, die klar vorliegt, so schlimm, daß man von einem Leichtsinn fast nicht mehr reden kann. Menschen, die so gewissenlos handeln, gehören nicht in die Gemeinschaft der Bergarbeiter. Der Betriebsrat erfüllte nur eine selbstverständliche Pflicht, wenn er diese Vorfälle aufs schärfste verurteilte.

Franzosenfreundliche polnische Bergarbeiter.

Die Sympathie der polnischen Arbeiter für die Franzosen erscheint vielen unerklärlich, besonders wenn man die weitgehendste Gastfreundschaft beachtet, die ihnen in der deutschen Republik gewährt wird. Man darf also nicht vergessen, daß das slawische Wesen mit dem Westeuropas nicht auf gleicher Stufe steht. Zu beachten ist ferner, daß in den letzten Jahrzehnten kulturellen Fortschritts, der größte Teil Polens von russischer Kultur überschattet war und die unter der kaiserlich-deutschen Sonne lebenden Polen eher zu allem anderen als zur Sympathie für Deutschland erzogen wurden. Der Germanisierungskult der Monarchie, verbunden mit brutalsten Unterdrückungsmaßnahmen, hat tiefgehenden Haß erzeugt. Man darf nicht einwenden, daß das heutige demokratische Deutschland mit den Sünden des früheren Deutschland nichts zu tun habe. Diese Einsicht erfordert ein Verständnis, der bei der großen zurückgebliebenen polnischen Masse noch nicht zu finden ist.

Es gibt leider noch immer von europäischer Kultur unberührt gebliebene Polen, die von einem religiösen, kulturwidrigen Fanatismus beseelt sind. So erklärlich es klingen mag: bei ihnen gibt es nur einen wahren Gott, den polnischen: den polnisch sprechenden, polnisch verstehenden Gott. Der beste deutsche Katholik taugt nichts, weil ein deutsch verstehender Gott ein Unding ist. Anders ist es allerdings mit den deutschen Industriepolen, besonders im Ruhrrevier, die, mit der deutschen Arbeiterbewegung mit emporgewachsen, einen freieren Blick für das Weltgetriebe bekommen haben. Aber auch hier blieb ein gewisser konservativer Teil in Argwohn und Rückständigkeit sitzen. Die frühere deutsche Polenunterdrückung im Ruhrgebiet hat dazu wesentlich beigetragen.

Gewisse Demagogen wissen den rückständigen religiösen Fanatismus in raffiniertester Weise auszunützen. So ist es auch zu erklären, wie in Oberschlesien eine geringe Anzahl Insurgentenführer, unter Oberführung Korfantys, einen solchen blinden Haß gegen das Deutschtum entfachen konnten. Selbst polnisch sprechende Arbeitsbrüder, die nicht rücksichtslos auf das „heilige polnische Vaterland" schworen, wurden mißhandelt, beraubt, gemordet, aus ihrer Heimat vertrieben.

In den Augen dieser Polen sind es die Franzosen, welche ihnen ihre „heilige Muttererde" zurückgaben. Alle anderen Hinweise prallen an dem durch Demagogen eingetrichterten Haß gegen Deutschland ab. Und dieser Zustand entspricht der Politik polnischer Gewaltpolitiker. Offen erklären diese, daß weitere Annexionen deutschen Bodens für Polen notwendig sind.

Als der Ruhreinbruch erfolgte, begrüßten freudig, offen oder auch im stillen gewisse (die fanatisierten) nationalistische Polenkreise die einziehenden französischen Truppen. Besonders in den Polenzentren, wie Herne, Wanne, Recklinghausen u. a. entspannen sich scharfe Debatten in Arbeiterkreisen zwischen den provozierend auftretenden Nationalpolen und anderen. Wie tief der Fanatismus wurzelt, zeigt die in Herne beobachtete Tatsache, daß solche Fanatiker angesichts der einmarschierenden Franzosen die Kopfbedeckung abnahmen und betend die Hände falteten. Dazu kam noch, daß die Franzosen ein ganzes Heer von Agenten auf die Polen losließen, um sie für sich zu gewinnen.

Trotzdem muß gesagt werden, daß sich das Gros der Polen tadellos hält, je man kann sagen, daß die große Mehrheit dem Einbruch ablehnend gegenübersteht, wie auch das Verhalten der polnischen Bergarbeiterorganisation einwandfrei ist. Einzelheiten, wie sie an verschiedenen Orten, z. B. in Idern, passiert sind, dürfen nicht verallgemeinert werden. Der hier noch wuchernde Fanatismus beherrscht eine nur geringe Minderheit. Tatsache bleibt eben, daß der größte Teil der hier wohnenden Polen zu uns hält und das Vorgehen ihrer Landsleute scharf verurteilt. Viele Träger eines polnischen Namens haben aber mit dem polnischen Geist an sich gar nichts mehr gemein, sie sind mit deutschem Wesen, deutscher Kultur verwachsen und von diesen unzertrennbar. Wir müssen uns also hüten, einen Rassenhaß aufkommen zu lassen, müssen zeigen, daß wir bessere Menschen sind.

* *

In Idern haben am 10. September etwa 300 Polen von den von Franzosen besetzten Zechen Viktor und Idern eine Versammlung abgehalten. Selbst einige Funktionäre der Polnischen Berufsvereinigung sprachen dort dafür, daß man unter französischer Regie arbeiten solle. Etwa 20 Versammlungsbesucher, welche dagegen waren, wurden aus dem Lokale verwiesen. So wurde dann ein solcher Beschluß gefaßt und in die Tat umgesetzt. Die Leitung der Polnischen Berufsvereinigung verurteilt diese Handlungsweise aufs schärfste. Aber nicht nur dort ansässige Polen haben die Arbeit für die Franzosen aufgenommen, sondern auch von anderen Gegenden des besetzten Gebiets werden welche herangeholt, die in Privatquartieren untergebracht werden. Zu diesem Zweck werden einheimischen Arbeiterfamilien meist Schlafzimmer mit kompletten Betten abgenommen. Die betreffenden Familien werden selbst auf enge Räume angewiesen und müssen oft mit fünf und mehr Personen auf einem Zimmer schlafen.

Im vorstehenden widerspiegelt sich die geistige Rückständigkeit jener Menschen. Sie machen sich keine Gedanken um die Zukunft, um die Schändlichkeit ihrer Handlungsweise gegenüber der deutschen Republik, die ihnen freiestes Gastrecht gewährt. Ohne Gewissensbisse legen sie sich in die von Franzosen [illegible] Betten ihrer leidenden Klassengenossen!

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Die Meinung der rheinischen Bergarbeiter.

Berrath. — Die Organisation der Unorganisierten.

Vom Bezirksbureau Gleuel unseres Verbandes wird uns geschrieben: Der Bergarbeiterverband hatte für Samstag den 8. September für den Braunkohlenbergbau vier Teilkonferenzen in Brühl, Gleuel, Grevenbroich und Mödrath einberufen, um zur allgemeinen Lage, zur Geldentwertung, die die Finanzen, die Einrichtungen und damit die Aktionsfähigkeit des Verbandes aufs schwerste bedroht, Stellung zu nehmen. Teilgenommen haben die Generalversammlungsdelegierten, Vertrauensleute und Kassierer der Zahlstellen und Obleute der Betriebsräte. Die Konferenzen verliefen ruhig und sachlich. Die Aussprachen standen auf einer beachtenswerten geistigen Höhe. Aus allen Diskussionsreden klang der einmütige Wille, unter allen Umständen, trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft, die Organisation und die geschaffenen Einrichtungen der Organisation hochzuhalten.

Die Abänderung des § 18 Abs. 3 des Verbandsstatuts, wonach alle Mitglieder, die länger als zwei Wochen mit den Beiträgen im Rückstand sind, jeden Anspruch auf die Leistungen des Verbandes verloren haben, fand einstimmige Annahme. Die letzten Lohnerhöhungen für den linksrheinischen Braunkohlenbergbau wurden überall als ungenügend bezeichnet und die Organisationsleitung ersucht, alles einzusetzen, um die Löhne der Braunkohlenbergarbeiter

der Preissteigerung anzupassen

und mindestens dauernd auf derselben Höhe zu halten wie die Löhne der übrigen Kölner Industriearbeiter.

Die steuerlichen und anderen Finanzmaßnahmen der Regierung wurden begrüßt. Es klang aber der Wille durch, daß frisch durchgegriffen wird. Der Währungsverfall ist das Uebel, deshalb müssen alle Bestrebungen unterstützt werden, die auf eine Gesundung der Währung hinzielen. Besonders scharfe Beurteilung fand das milde Vorgehen der Belegschaft der Grube Wachtberg, wo durch kommunistische Verhetzung großes Unglück über die dortige Belegschaft gebracht wurde. Große Entrüstung kam zum Ausdruck bei der Feststellung, daß die bekannten kommunistischen Führer Warnke, Schmitz, Weber, Hey das Solidaritätsgefühl gegenüber den Bergarbeitern der Grube Neurath mit Füßen treten, indem sie auf der Grube Neurath unter französischer und belgischer Regie die Arbeit aufgenommen haben.

Die Organisation wurde weiter beauftragt, endlich mal auf die Neugestaltung des Rahmentarifes zu drängen. Das Verlangen des Vorsitzenden des Kölner Schlichtungsausschusses, der mehrmals ersucht wurde, einen Termin über rahmentarifliche Differenzen anzusetzen, wurde mit Entrüstung zur Kenntnis genommen.

Die Konferenzteilnehmer verpflichten sich, alles einzusetzen, um die Unorganisierten dem Bergarbeiterverband zuzuführen. Die Unorganisierten stützen nicht nur das Unternehmertum bei allen Verhandlungen, sondern bilden auch eine wachsende Gefahr, daß alle gewerkschaftlichen und rahmentariflichen Errungenschaften zum Teufel gehen. Die Bezirksleitung wird ersucht, im Einvernehmen mit dem Vorstand alle Mittel und Wege zu beschreiten, die

zur Schaffung einer Industrieorganisation

führen.

Nachstehende Entschließung fand einstimmige Annahme in allen Konferenzen:

„In klarer Erkenntnis, daß die katastrophale Geldentwertung die Finanzen, die Einrichtungen und die Aktionsfähigkeit des Verbandes aufs schwerste bedroht, im Hinblick auf die Gefahren, die der gesamten Arbeiterbewegung durch Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung und Lohnsenkung drohen, verpflichten sich die Konferenzteilnehmer, alles einzusetzen, um die Organisation hochzuhalten. Sie geben der Bezirksleitung und Bezirkskommission den Auftrag, die Beitragsleistung so zu gestalten, daß der Bestand der Organisation gewahrt bleibt. Sie verlangen von der Organisation, daß sie alles tut, um die Löhne der sich täglich überstürzenden Preissteigerung anzupassen. Wird dieses durch zentrale Lohnverhandlungen nicht erreicht, so vertritt die Konferenz einstimmig den Standpunkt, daß die Verhandlungen bezirksweise geführt werden müssen.

Um eine wirtschaftliche Existenzmöglichkeit sicherzustellen und um die drohenden Arbeitsverschlechterungen und Angriffe des Unternehmertums abzuwehren, verpflichten sich die Konferenzteilnehmer sowie die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes, durch Agitation dafür einzutreten, daß alle Unorganisierten dem Bergarbeiterverband zugeführt werden."

*

In einer Teilkonferenz der beiden Bergarbeiterorganisationen die kürzlich in Berrenrath tagte, fand nachstehende Entschließung einstimmige Annahme:

Die am 16. August in Berrenrath tagende Vertrauensmännerkonferenz der beiden Bergarbeiterorganisationen verurteilt das undisziplinierte Vorgehen der Belegschaft der Wachtberg-Gruben sowie der Gruben Grefrath und Karl. Die Konferenz verlangt, daß die Organisationen mit aller Energie anstreben, daß die Löhne im linksrheinischen Braunkohlenbergbau den Teuerungsverhältnissen angepaßt werden. Weiter fassen die Organisationen sobald als möglich Verhandlungen anbahnen, daß die Unorganisierten tatsächlich und praktisch von den Vorteilen des Tarifvertrages ausgeschlossen werden.

Der gute gewerkschaftliche Geist in genannten Konferenzen sorgt dafür, daß alle Zerstörungsarbeit der Kommunistischen Partei wohl vorläufig das Heer der Unorganisierten stärkt, aber nicht imstande ist, eine Organisation, die in stürmischen Zeiten Rückschläge zu verzeichnen hatte, zu vernichten. Wenn alle Konferenzteilnehmer und Mitglieder der Bergarbeiterorganisationen trotz der persönlichen und rüpelhaften Bekämpfungen den Mut aufbringen, den Schreiern und Radaukommunisten entgegenzutreten, wird der Schaden, den diese Leute anrichten, gering sein.

Verbandsnachrichten.

An unsere Verbandsmitglieder!

Die fortschreitende Geldentwertung zwingt uns, den in Nr. 36 der „Bergarb.-Ztg." ausgeschriebenen Extrabeitrag auch im Monat Oktober weiter zu erheben. Es werden deshalb dem jeweiligen Stundenlohn 25 Proz. zugeschlagen und der Beitrag dann nach oben oder unten abgerundet. Wir hoffen, daß unsere Mitglieder für die Maßnahme Verständnis besitzen und in alter Treue dafür sorgen, daß die Beiträge wöchentlich in der notwendigen Höhe gezahlt werden.

Ferner hat der Vorstand beschlossen, daß das Eintrittsgeld vom 1. Oktober ab 30 Millionen Mark beträgt. Jugendliche unter 16 Jahren und Frauen zahlen 15 Millionen Mark Eintrittsgeld.

Das Abonnementsgeld beträgt ab 1. Oktober pro Monat 10 Millionen Mark. Davon bleiben 8 Mill. Mk. in der Zahlstelle, während 2 Mill. Mk. an die Hauptkasse abzuführen sind.

Der Vorstand.

Achtung! Bezirk Hattingen Achtung!

Den Kameraden zur Nachricht, daß, da die Sperre aufgehoben ist, jetzt wieder Rechtsschutz erteilt wird und zwar in Hattingen jeden Dienstag vormittag von 10 bis 1 Uhr und nachmittags von 6 Uhr ab, in Sprockhövel (Wirtschaft Rose) nachmittags von 3 bis 5 Uhr.

Die Bezirksleitung.

Bottrop II. Erklärung. Die Beleidigung gegen den Kameraden Karl Helmig nehme ich mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Fritz Steinweg.

Kameraden, agitiert für den Verband